

Anfrage



Vorlage Nr.: 16-0576/1
erstellt am: 18.06.2007

Abteilung: Organisation, EDV und zentrale Dienste
Verfasser/in: Hans-Peter Becker
Aktenzeichen: L-1/5

Anfrage der REP-Fraktion vom 02. Juni 2007 zum Thema "Einführung des Betriebssystems Linux"; hier: Beantwortung der Anfrage

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Kreistag	25.06.2007	Ö	Kenntnisnahme

Die Anfrage der Fraktion der Republikaner wird wie folgt beantwortet:

Frage 1: Hat der Kreisausschuss erwogen, in der Kreisverwaltung das Betriebssystem Windows durch das Betriebssystem Linux zu ersetzen?

Frage 2: Zu welchem Ergebnis ist er dabei gegebenenfalls gelangt?

Die Verwaltung und die Kreisgremien haben sich in den letzten Jahren eingehend mit der Frage einer möglichen Umstellung auf Open Source Software befasst. Im Ergebnis hat der Kreisausschuss mit Beschluss vom 17. Mai 2004, unter Abwägung aller wirtschaftlichen und organisatorischen Aspekte, eine Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur in der Kreisverwaltung auf Microsoft Produkte beschlossen. Grundlage für diese Entscheidung waren die Gesichtspunkte Betriebssicherheit und Systemintegration, Kompatibilität zu vorhandenen Fachanwendungen, Kompatibilität der Datenformate bei der internen und externen Kommunikation, Schulungs- und Wartungsaufwand sowie langfristige Kosten und Wirtschaftlichkeit.

Zuletzt am 12. Dezember 2005 hat der Kreistag einen erneuten Prüfungsauftrag von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt (Drucksache Nr. XV/567 KT).

Frage 3: Wie bewertet der Kreisausschuss die Tatsache, dass Städte wie München und Mannheim Windows ganz oder teilweise durch Linux ersetzt haben, weil dieses Betriebssystem als sicherer gilt, die Hardware billiger ist und keine Lizenzgebühren anfallen?

Bei seinen Entscheidungen hat der Kreisausschuss auch die Konzepte von München und anderer Städte bewertet und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Umstellung auf Open Source Software derzeit für die Kreisverwaltung keine Alternative darstellt. Dass dieses Thema durchaus kontrovers diskutiert werden kann, zeigen die Entscheidungen z.B. der Stadt Frankfurt und der Mehrzahl aller Verwaltungen für Microsoft Produkte.